



# Berichtssysteme von Unternehmen im Kontext des Klimawandels

Notwendigkeit einer Anpassung vor dem Hintergrund unionsrechtlicher Vorgaben

*Die Klimapolitik hat – von vielen Unternehmen häufig noch unbemerkt – auf europäischer Ebene in den letzten Jahren eine hohe Regulierungsdynamik erreicht. Vordergründig müssen über die generelle, für mittelgroße und große Kapitalgesellschaften bestehende Pflicht zur Risikoberichterstattung im Lagebericht hinaus, bislang nur große kapitalmarktorientierte Unternehmen über nachhaltigkeitsrelevante Aspekte – auch die ihrer Wertschöpfungsketten – in einer sog. „nichtfinanziellen (Konzern-) Erklärung“ berichten. Auch Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sind angehalten, ihre Geschäftstätigkeit unter Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten nachzujustieren. Über die Vernetzung der Wertschöpfungsketten und der Abhängigkeit von Krediten trifft dies schon jetzt – und zukünftig wohl noch in zunehmendem Maße – auch andere Unternehmen. Neben der zügig voranschreitenden Digitalisierung birgt daher insbesondere der Klimawandel die generelle Gefahr, aufgrund seiner Auswirkungen bzw. durch Maßnahmen zu seiner Bekämpfung das Geschäftsmodell zu gefährden. Vor diesem Hintergrund bedeutet das für die Unternehmen vor allem, umgehend die Anpassung der Steuerungs- und Berichtssysteme anzugehen, um zumindest fundierte Informationen liefern und über Maßnahmen berichten zu können.*

von Prof. Dr. Stefan Müller und M.Sc. Oliver Scheid



Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass katastrophale und unvorhersehbare Folgen des Klimawandels und der Ressourcenknappheit dringliches Handeln erforderlich machen. Dies hat insbesondere die EU erkannt und bereits zahlreiche konkrete Maßnahmen zur klimabezogenen Unternehmensberichterstattung und zur Etablierung einer nachhaltigen Finanzierung – der sog. „Sustainable Finance“ – eingeleitet, um die Einhaltung der Klimaschutzziele der UN zu erreichen.

*Die Transparenzstrategie  
des europäischen  
Gesetzgebers in Bezug auf  
nachhaltige Finanzierung  
und klimarelevante  
Finanzberichterstattung  
betrifft auch den Mittelstand.*

Dabei handelt der europäische Gesetzgeber nicht nur mit direkten Vorgaben oder Verboten, sondern wählt auch die Strategie über den Umweg der Stakeholder. So wurde die Unternehmensberichterstattung ausweislich zunächst nur für große kapitalmarktorientierte Unternehmen vehement vorangetrieben, um dem politischen Willen der EU gerecht zu werden, nachhaltige Finanzanlagen zu fördern. Dies wurde mit dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz bereits mit Erstanwendung für das Geschäftsjahr 2017 in deutsches Recht umgesetzt. Der in § 289c Abs. 3 Nr. 4 HGB eingebaute doppelte Wesentlichkeitsvorbehalt fordert dabei jedoch eine Ausweitung der Berichterstattung über die betroffenen Unternehmen hinaus auf deren gesamte Geschäftsbeziehungen. Somit müssen auch kleine und mittelgroße Unternehmen, die etwa Lieferbeziehungen zu berichtspflichtigen Unternehmen unterhalten, damit rechnen, auch nachhaltigkeitsrelevante Informationen zu liefern oder sich sogar bestimmten Verhaltensregeln zu unterwerfen – und deren Einhaltung natürlich auch im Berichtswesen nachhalten. Im Umkehrschluss bedeutet dies für die kleineren Zuliefererunternehmen einen erheblichen Mehraufwand, der sich darin manifestiert, dass diese nun die vertraglich festgehaltenen Vorgaben der kapitalmarktorientierten Abnehmer- bzw. Zulieferunternehmen zwingend einhalten müssen, um überzeugende Argumente für zukünftige Vertragsverhandlungen mit großen Partnerunternehmen liefern zu können.

Damit ist die Dynamik des europäischen Gesetzgebers jedoch noch nicht beendet. So wurde im März 2018 ein Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums mit dem Ziel aufgestellt, Kapital in nachhaltigere Investitionen umzulenken, finanzielle Risiken, die sich aus dem Klimawandel ergeben zu bewältigen, sowie Transparenz und Langfristigkeit in der Finanz- und Wirtschaftstätigkeit zu fördern. Als integraler Bestandteil dieses Aktionsplans wurden am 17. Juni 2019 die unverbindlichen Leitlinien der Europäischen Kommission für die Berichterstattung über klimabezogene Informationen um Angaben veröffentlicht, die die Leitlinien zur nichtfinanziellen Berichterstattung aus dem Jahr 2017 grundlegend erweitern. Die sog. „Task Force for Climate-Related Financial Disclosures“ (TCFD), die vom Finanzstabilitätsrat (FSR) gegründet wurde, um freiwillige und einheitliche Angaben zu klimabezogenen Finanzrisiken zu entwickeln, hat im Juni dieses Jahres einen 144-seitigen Statusbericht zur Verfügung gestellt, in dem angegeben wird, dass die Angabe klimabezogener Finanzinformationen trotz der zahlreichen Reformbemühungen immer noch als unzureichend anzusehen sei. Begründet wird dies damit, dass immer noch Unklarheit über die potenziellen finanziellen Auswirkungen klimarelevanter Aspekte auf die Unternehmen bestehe. Darüber hinaus hat die TCFD noch im selben Monat drei weitere Berichte zu Nachhaltigkeits-taxonomie, zu sog. „Green Bonds“ sowie zu klimabezogenen Benchmarks veröffentlicht. Dabei wird vor allem auf die ökologischen Aspekte der unternehmerischen Tätigkeit eingegangen.

Fast schon perfide macht sich die EU hier den Zeitgeist zunutze und schreibt die Dinge nicht verpflichtend vor, sondern überlässt die konkrete Ausgestaltung den Unternehmen und nimmt dabei bewusst Dominoeffekte in Kauf. Will etwa ein Kreditinstitut in der nichtfinanziellen (Konzern-) Erklärung besonders nachhaltig auftreten, um etwa in einen entsprechenden Nachhaltigkeitsindex aufgenommen zu werden, so könnte die Kreditvergabe an Unternehmen mit besonders hohem Ausstoß an klimaschädlichen Gasen eingestellt werden. Auch zahlreiche Produktionsunternehmen – wie beispielsweise die Robert Bosch GmbH – haben eine Klimaneutralität ihrer Werke angekündigt, was letztlich auch die Zulieferer betrifft. Große Investoren entziehen Unternehmen die grundsätzliche Investitionsfähigkeit, wenn sie keine Anstrengungen zur Minderung des Klimawandels zeigen. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Es reicht somit nicht, sich an die gesetzlichen Pflichten zu halten. Um auch zukünftig bestehen zu können, muss die eigene Geschäftstätigkeit kritisch vor diesem Hintergrund hinterfragt werden. Hierfür sind jedoch zunächst Informationen nötig, die – um einen akzeptablen Grad an Verlässlichkeit zu gewährleisten – ein etabliertes Berichtssystem liefern muss.

*Die Unternehmen müssen nun aufgrund eigener Erfahrungswerte für sich selbst festlegen, welche nachhaltigkeitsrelevanten Standards – wie beispielsweise die der GRI oder des IIRC – für eine Ausgestaltung des Berichtssystems geeignet sind.*

Die Fortentwicklung der Rechnungslegung in Richtung nachhaltiger und klimabezogener Unternehmensfinanzierung verläuft derzeit so rasant, dass es (noch) an erprobten und vereinheitlichten Konzepten fehlt. Als weltweit führender Standardsetter der Nachhaltigkeitsberichterstattung stellt vor diesem Hintergrund insbesondere die Global Reporting Initiative (GRI) den Unternehmen geeignete Orientierungshilfen zur Messung und Kommunikation nachhaltigkeitsrelevanter Informationen bereit. So hat beispielsweise die GRI im Februar 2019 ein Diskussionspapier auf den Weg gebracht, in dem Hinweise zur Unternehmenspublizität über Wasser- und Treibhausgasemissionen gegeben wurden, um den aktiven Dialog zwischen Berichterstellern und Berichtsadressaten zu fördern. Darüber hinaus hat die GRI im Mai dieses Jahres einen Standard zu Abfall veröffentlicht, der bis zum 15. Juli 2019 kommentiert werden konnte.

Neben den GRI besitzt das Integrated Reporting des International Integrated Reporting Committee (IIRC) eine herausragende Bedeutung bei einer intendierten Verknüpfung von nichtfinanziellen Informationen mit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Dabei wird von einem „Integrated Thinking“ der Unternehmensleitung bezüglich nachhaltigkeitsrelevanter Informationen ausgegangen, die dann auch im externen Reporting genutzt werden können. Gerade die nun veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Kommission werten bei genauerer Betrachtung das Konzept der integrierten Berichterstattung auf: weg von einer isolierten Finanzberichterstattung hin zu klimabezogenen Unternehmensinformationen, die mit der Berichterstattung über Finanzrisiken verknüpft werden. Angesichts der vergleichsweise langsamen Verbreitung des Integrated Reporting im europäischen

Raum könnte dies jetzt der entscheidende Impuls dafür sein, dass dieses Berichtsformat nun vermehrt in der Praxis Anwendung finden wird.

Dadurch, dass die neuen Leitlinien der EU-Kommission an zentralen Stellen mit den Standards der GRI sowie dem Rahmenwerk des IIRC abgestimmt wurden, sollte dies ihre zukünftige Akzeptanz als Orientierungshilfe im Hinblick auf die Generierung und Offenlegung klimarelevanter Finanzinformationen im internationalen Kontext entscheidend erleichtern. Dennoch bleibt bislang offen, ob sich mittel- bis langfristig eine integrierte oder separate klimabezogene Berichterstattung durchsetzen wird.

Die größte Herausforderung wird für die Unternehmen daher vermutlich nicht bei der Erfüllung der eigentlichen Berichtspflicht selbst liegen, sondern vielmehr in der Integration nachhaltigkeitsrelevanter Belange in Vergütungssysteme und die interne Unternehmenssteuerung. Momentan fehlt es allerdings (noch) an geeigneten und allgemein anerkannten Abbildungssystemen, sodass die Informationsqualität für die Kapitalgeber und potenzielle Investoren die Gefahr birgt, ohne eine nachvollziehbare Verknüpfung von finanziellen und klimabezogenen Kennzahlen ins Leere zu laufen. So werden beispielsweise Angaben zu Treibhausgasemissionen aussagekräftiger und greifbarer, wenn diese ins Verhältnis zur Mitarbeiterzahl, zum Umsatz oder zum Erlös gesetzt werden, um so zumindest einen Vergleich mit anderen Unternehmen zu ermöglichen. Vorab müssen jedoch die internen Ermittlungsverfahren der Unternehmen vereinheitlicht und detailliert verglichen werden, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

*Die Unternehmen werden ihr Handeln stärker auf Nachhaltigkeit (konkret Klimaschutz) ausrichten und die Auswirkung auf ihre Finanzkraft nachvollziehbar und glaubhaft nach außen kommunizieren müssen.*





Der Erkenntniswert einer auf Nachhaltigkeit beruhenden Finanzierung wird im Wesentlichen davon abhängen, ob und inwieweit es zukünftig (besser) gelingt, die Vielzahl der auf unterschiedliche Berichtswerke verstreuten klimarelevanten und monetären Informationen sinnvoll in einem Auswertungssystem zusammenzuführen. Des Weiteren müssen die ökologischen Aspekte dahingehend untersucht werden, ob wesentliche positive oder negative Rückkopplungseffekte bestehen, die dann im Anschluss quantifiziert als Bereinigungspositionen in die Finanzberichterstattung übertragen werden können, wie beispielsweise der Entzug von Fördermitteln aufgrund von Verstößen gegen Umweltauflagen oder die Kreditversagung bei drohenden Risiken für das Geschäftsmodell.

Banken werden daher zukünftig bei der Kreditvergabe nicht umhinkommen, im Rahmen der Kreditprüfung Prüfpunkte mit Bezug auf ökologisch nachhaltige Geschäftsprozesse zu berücksichtigen. Dieser Aspekt der bankenorientierten Fremdfinanzierung betrifft vor allem viele mittelständische Unternehmen, die sich in Deutschland traditionell primär über Kreditinstitute finanzieren. Das Thema „Nachhaltigkeit“ wird sich also zukünftig noch stärker in den Kreditportfolios wiederfinden und somit auch von den bislang nicht von der neuen Berichtspflicht erfassten Unternehmen Nachhaltigkeitsinformationen einfordern. Der klimawandelbedingte und von der EU aktiv angegangene Umbruch der Wirtschaft wird schon sehr kurzfristig Unternehmen und die sie finanzierenden Banken gegebenenfalls größeren Verlusten aussetzen: Unternehmen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen oder in hohem Maße von schwindenden natürlichen Ressourcen abhängig sind, werden an Rentabilität einbüßen. Dies stellt einen besorgniserregenden Trend dar, da bereits jetzt ein hoher Anteil der Risikoexponierung der Banken direkt oder indirekt mit kli-

mawandelbedingten Ressourcen verbunden ist. Auch Auswirkungen auf das Privatkundengeschäft von Banken sind denkbar, wenn beispielsweise Aspekte wie CO<sub>2</sub>-Emission oder Wasserverbrauch Einfluss auf die Wahl des Portfolios haben. Um diesen drohenden Problemen entgegenzutreten, müssen die Banken also auch Klima- und Umweltrisiken stärker in ihr Risikomanagement einbinden.

Die größte Herausforderung für die Unternehmen wird es dementsprechend sein, eindeutig nachvollziehbare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge intern zu erkennen, sinnvolle Informationen darüber in die Berichtssysteme aufzunehmen und schließlich in einer integrierten Klima- und Finanzberichterstattung darzulegen. Somit können relevante Risiko-, aber gegebenenfalls auch Erfolgsfaktoren für die Unternehmenssteuerung identifiziert und steuerbar gemacht sowie aktiv an die Stakeholder kommuniziert werden. Letztendlich müssen ökologische Aspekte in der Betrachtung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens einen wesentlich höheren Stellenwert haben, als dies momentan vielfach der Fall ist. Es ist angesichts des allgemeinen gesellschaftlichen Drucks und des immer klarer werdenden bereits erfolgten oder angekündigten drastischen Handelns der Politik überraschend, wie zaudernd einige Unternehmen auf die Notwendigkeit einer Erweiterung des internen Berichtssystems und gegebenenfalls eines Chancen- und Risikomanagementsystems bezüglich nachhaltigkeitsrelevanter Informationen reagieren und auch keine zusammenhängende Klima- und Finanzberichterstattung (etwa pflichtgemäß im Lagebericht nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB oder freiwillig als Nachhaltigkeitsbericht) bieten. Viel Zeit bleibt nicht mehr, zumal einfache Lösungen hier kaum zur Verfügung stehen. ●



**Prof. Dr. Stefan Müller**

ist Inhaber der Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfungswesen, der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg. Im Schwerpunkt beschäftigt er sich mit der Weiterentwicklung und der Transformation (geänderter) Normen in die Unternehmenspraxis, speziell in den Bereichen Rechnungslegung, Controlling, Corporate Governance, Finanzierung und Wirtschaftsprüfung. [smueller@hsu-hh.de](mailto:smueller@hsu-hh.de)  
[www.hsu-hh.de/abwl](http://www.hsu-hh.de/abwl)



**M.Sc. Oliver Scheid**

ist Offizier der Bundeswehr und externer Mitarbeiter an der Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfungswesen, der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg. Er widmet sich hauptsächlich dem Wandel der Berichterstattung über Aspekte der Corporate Social Responsibility (CSR) im Kontext (inter-)nationaler Vorgaben und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Berichtspraxis, insbesondere für Standardsetter, Ersteller, Prüfer und Adressaten. [oliver.scheid@hsu-hh.de](mailto:oliver.scheid@hsu-hh.de)  
[www.hsu-hh.de/abwl](http://www.hsu-hh.de/abwl)